

II-1275 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 781/W

1991-03-21

D R I N G L I C H E A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Schreiner, Rosenstingl
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend die von der sozialistischen Koalitionsregierung
geplante Belastungslawine

Vor den Nationalratswahlen 1990 haben die Politiker der sozialistischen Koalitionsregierung weitreichende Steuersenkungen versprochen. So hat ÖVP-Bundesparteiobmann Riegler am 11. September und am 3. Oktober 1990 die Abschaffung der Sparbuchsteuer in Aussicht gestellt. Am 15. September 1990 hat der Vizekanzler den österreichischen Unternehmen die Halbierung der Einkommensteuer für nicht entnommene Gewinne versprochen. Am 20. August und am 15. September 1990 hat Dipl.-Ing. Riegler den Familien die Schaffung eines steuerfreien Existenzminimums zugesagt. Am 26. September 1990 hat der Bundesobmann der ÖVP gar das Wahlversprechen abgegeben, die Tarife der Lohnsteuer für alle Arbeitnehmer mit einem Entlastungsvolumen von 20 bis 30 Mrd. Schilling abzusenken. Am 3. Oktober 1990 hat Vizekanzler Riegler schließlich zur Belohnung leistungsbereiter Aufsteiger eine Steuerbegünstigung für Überstunden angekündigt. Und ebenfalls am 3. Oktober 1990 - vier Tage vor der Nationalratswahl - hat er nochmals versprochen, daß die ÖVP als einzige Partei weitere Steuersenkungen garantiere.

Noch zwei Tage vor der Nationalratswahl - am 5. Oktober 1990 - hat der sozialistische Parteivorsitzende Dr. Vranitzky die Wahlversprechen des Finanzministers bekräftigt, ab 1. Jänner 1992 den 32 %igen Luxus-Mehrwertsteuersatz für Autos abzuschaffen und den Mehrwertsteuer-Normalsatz von 20 % auf 18 %, sowie den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 10 % auf 8 % zu senken.

Die Einlösung all dieser Wahlversprechen wäre aber nur bei massiven Einsparungen im Bundeshaushalt möglich gewesen. Stattdessen ist auch 1991 eine offizielle Neuverschuldung von 63 Mrd. Schilling geplant, zu der freilich noch weitere 26 Mrd. Schilling aus sogenannten "außerbudgetären Finanzierungen" zu rechnen sind.

Die FPÖ hat im Zuge der Budgetdebatte zahlreiche Anträge eingebracht, um die Verschwendungssucht der sozialistischen Koalitionsregierung zu begrenzen. So sollte die Bundesregierung beim Sparen mit gutem Beispiel vorangehen und die zwei neugeschaffenen Ministerposten sowie die vier Staatssekretariate wegrationalisieren. Anstatt wie geplant zusätzliche Dienstfahrzeuge anzuschaffen, sollte auch in diesem Bereich endlich gespart werden. Statt 2.900 neue Posten im öffentlichen Dienst einzuplanen, sollte durch das Nicht-Nachbesetzen eines Drittels aller freiwerdenden Planstellen (7.000 im Jahr 1991) der Personalaufwand des Bundes deutlich abgesenkt werden. Eine 10 %ige Einsparung bei den Ermessensausgaben des Bundes sollte insbesondere durch die Kürzung von Subventionen einen wesentlichen Beitrag zur Budgetsanierung leisten. Durch eine vorgezogene Privatisierung sollten die Verkaufserlöse direkt zur Schuldentilgung verwendet und dadurch der Zinsaufwand für die Staatsschuld, welcher heuer bereits 72 Mrd. Schilling beträgt und damit erstmals die Neuverschuldung des Bundes übersteigt, verringert werden. Vor allem aber sollten noch vor der Sommerpause Gesetzesentwürfe zu einer Reform der Sozialversicherungsanstalten, zu einer Verwaltungs- und zu einer Bundesbahnreform vorgelegt werden, weil allein diese drei Bereiche 90 % des jährlichen Nettosteueraufkommens verschlingen. Aber alle Anträge der freiheitlichen Fraktion zur ausgabenseitigen Budgetsanierung wurden von den Regierungsfractionen brutal niedergestimmt.

Aufgrund der Reformunfähigkeit der Großen Koalition und des Scheiterns dieser selbsternannten "Sanierungspartnerschaft" zeichnet sich nun die größte Wählertäuschung in der Geschichte der Zweiten Republik ab. Nachdem bereits die Mautgebühren, die

Stromtarife sowie die Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung erhöht wurden, droht der österreichischen Bevölkerung eine beispiellose Belastungslawine. Fünf Monate nach den Nationalratswahlen sind alle Wahlversprechen der Großen Koalition nicht einmal mehr das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden. Der Sozialminister, der Gesundheitsminister, der Verkehrsminister, der Wirtschaftsminister und der Finanzminister haben in den letzten Tagen massive Mehrbelastungen der Bevölkerung angekündigt.

Statt - wie versprochen - die Luxusmehrwertsteuer für Autos abzuschaffen, wird nunmehr den Autofahrern eine massive Erhöhung der Mineralölsteuer sowie der Kfz-Steuer angedroht.

Statt - wie von der ÖVP versprochen - die Sparsbuchsteuer abzuschaffen, droht allen Sparern eine Erhöhung dieser Steuer.

Statt - wie versprochen - die Lohnsteuer für alle Arbeitnehmer zu senken, droht eine Erhöhung der Pensions- und Krankenversicherungsbeiträge für alle Arbeiter und Angestellten.

Statt - wie versprochen - die ungerechte Steuerbelastung der Überstunden zurückzunehmen, droht ein Anschlag auf die Eigentumsbildung aller leistungswilligen Österreicher und eine schleichende Enteignung durch die geplante Anhebung der Einheitswerte.

Statt - wie versprochen - den Einkommensteuersatz für nichtentnommene Gewinne zu halbieren, droht nunmehr die Ausdehnung der Gewerbesteuerpflicht auf alle Freiberufler, wodurch die Leistungen der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte, Notare, Zivilingenieure, Steuerberater, Apotheker und Architekten für die Bevölkerung verteuert werden.

Statt - wie versprochen - die Mehrwertsteuer zu senken, droht durch die geplante Anhebung der Außenhandelsförderungsbeiträge eine Verteuerung der Importwaren sowie eine Gefährdung der Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft.

Der Finanzminister hat im Zusammenhang mit der Dringlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Gugerbauer und Böhacker vom 30. Jänner d.J. zum Budgetchaos der Regierung die Beantwortung der meisten an ihn gerichteten Fragen unter Hinweis auf fehlende

Regierungsbeschlüsse verweigert. Am 13. März hat er jedoch vor dem Nationalrat erklärt, daß er sehr gerne bereit gewesen wäre, jederzeit Auskunft zu geben, wenn er nach seinen persönlichen Vorstellungen gefragt worden wäre.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) Treten Sie persönlich für eine Erhöhung der Mineralölsteuer in den Jahren 1991 oder 1992 ein?
- 2) Schließen Sie als Finanzminister eine Erhöhung der Mineralölsteuer in den Jahren 1991 oder 1992 aus?
- 3) Treten Sie persönlich für eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer in den Jahren 1991 oder 1992 ein?
- 4) Schließen Sie als Finanzminister eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer in den Jahren 1991 oder 1992 aus?
- 5) Treten Sie persönlich für eine Erhöhung der Sparbuchsteuer (Kapitalertragsteuer auf Zinsen) in den Jahren 1991 oder 1992 ein?
- 6) Schließen Sie als Finanzminister eine Erhöhung der Sparbuchsteuer (Kapitalertragsteuer auf Zinsen) in den Jahren 1991 oder 1992 aus?
- 7) Treten Sie persönlich für eine Erhöhung der Pensionsversicherungsbeiträge in den Jahren 1991 oder 1992 ein?
- 8) Schließen Sie als Finanzminister eine Erhöhung der Pensionsversicherungsbeiträge in den Jahren 1991 oder 1992 aus?
- 9) Treten Sie persönlich für eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge in den Jahren 1991 oder 1992 ein?
- 10) Schließen Sie als Finanzminister eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge in den Jahren 1991 oder 1992 aus?
- 11) Treten Sie persönlich für eine Erhöhung der Einheitswerte des Grundvermögens noch in dieser Legislaturperiode und damit für eine Erhöhung der Vermögensteuer, der Erbschaftsteuer und der Schenkungssteuer ein?

- 12) Schließen Sie als Finanzminister eine Erhöhung der Einheitswerte des Grundvermögens noch in dieser Legislaturperiode und damit eine Erhöhung der Vermögensteuer, der Erbschaftsteuer und der Schenkungssteuer aus?
- 13) Treten Sie persönlich für eine Erhöhung der Einheitswerte des Grundvermögens noch in dieser Legislaturperiode und damit für eine Erhöhung der Grundsteuer ein?
- 14) Schließen Sie als Finanzminister eine Erhöhung der Einheitswerte des Grundvermögens noch in dieser Legislaturperiode und damit eine Erhöhung der Grundsteuer aus?
- 15) Treten Sie persönlich für eine 1991 oder 1992 vorzunehmende Ausdehnung der Gewerbesteuerpflicht auf die Freiberufler und damit für eine Verteuerung der Leistungen der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte, Notare, Zivilingenieure, Steuerberater, Apotheker und Architekten für die Bevölkerung ein?
- 16) Schließen Sie als Finanzminister eine 1991 oder 1992 vorzunehmende Ausdehnung der Gewerbesteuerpflicht auf die Freiberufler und damit eine Verteuerung der Leistungen der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte, Notare, Zivilingenieure, Steuerberater, Apotheker und Architekten für die Bevölkerung aus?
- 17) Treten Sie persönlich für eine Erhöhung der Außenhandelsförderungsbeiträge in den Jahren 1991 oder 1992 und damit für eine Verteuerung von Importwaren und eine Gefährdung der Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft ein?
- 18) Schließen Sie als Finanzminister eine Erhöhung der Außenhandelsförderungsbeiträge in den Jahren 1991 oder 1992 und damit eine Verteuerung von Importwaren und eine Gefährdung der Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft aus?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.